

Grundinformationen zu Bildung in Deutschland



Lernaktivitäten finden in allen Lebensphasen, in Bildungseinrichtungen verschiedener Bildungsbereiche und auch außerhalb des Bildungswesens statt. In diesem Kapitel werden bereichsübergreifende Indikatoren dargestellt, die für das Bildungswesen als Ganzes relevant sind, die Strukturunterschiede zwischen den Bildungsbereichen aufzeigen oder die Ergebnisse der Bildungsprozesse mehrerer Bildungsbereiche umfassen. Sie geben Hinweise auf die Stellung des Bildungsstandorts Deutschland im internationalen Vergleich. Bei allen Indikatoren dieses Kapitels stehen bereichsübergreifende Aspekte im Vordergrund, während bereichsspezifische Sachverhalte in den darauf folgenden Kapiteln behandelt werden.

Die Kernindikatoren Bildungspersonal, Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und Bildungsstand wurden bereits seit dem Bildungsbericht 2008 regelmäßig berichtet. Aufgrund der zunehmenden institutionellen Differenzierung der Bildungseinrichtungen wurde der Indikator Bildungseinrichtungen erstmals im Bildungsbericht 2012 dargestellt. Im Bericht 2014 werden diese Indikatoren mit neuen Akzentsetzungen und Ergänzungen weitergeführt, wobei der Bezug zu den früheren Bildungsberichten bestehen bleibt. Soziale Disparitäten (nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationshintergrund) stehen auch bei den Indikatoren dieses Kapitels, soweit möglich, im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Indikatoren werden sowohl im Vergleich zwischen den Bildungsbereichen als auch im internationalen Vergleich betrachtet, um die Besonderheiten der einzelnen Bildungsbereiche und des deutschen Bildungswesens zu verdeutlichen. Vor allem die von den Mitgliedstaaten vereinbarten EU-Benchmarks im Bereich Bildung, die im Zuge der „Europa 2020-Strategie für Beschäftigung und Wachstum“ definiert wurden, werden beim internationalen Vergleich in den Blick genommen.

Wie schon im Bildungsbericht 2012 gibt der Indikator zu den Bildungseinrichtungen (**B1**) einen Überblick über die Entwicklung der institutionellen

Struktur der Bildungslandschaft in Deutschland. Durch Neustrukturierung von Bildungsangeboten und die Anpassung an den demografischen Wandel sind hier anhaltende Veränderungen bei Anzahl, Größe und Trägerschaft von Bildungseinrichtungen zu beobachten.

Das Bildungspersonal hat eine Schlüsselrolle bei der erfolgreichen Gestaltung von Bildungsprozessen. Im Indikator Bildungspersonal (**B2**) werden bereichsübergreifend Informationen zu Alter, Geschlecht und Beschäftigungsumfang des pädagogischen Personals dargestellt. Erstmals wird dabei auch auf die Gehaltsstruktur des Bildungspersonals im öffentlichen Dienst eingegangen.

Der Indikator zu Bildungsausgaben (**B3**) zeigt die Finanzausstattung des Bildungswesens, die Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen sowie die Beiträge der verschiedenen Mittelgeber zur Bildungsfinanzierung. Neben dem Bildungsbudget beinhaltet der Indikator auch Kennzahlen zu den Ausgaben je Bildungsteilnehmerin bzw. -teilnehmer.

Die Inanspruchnahme der Bildungsangebote wird im Indikator Bildungsbeteiligung (**B4**) analysiert, wobei dies nach Altersgruppen, Migrationshintergrund und sozialer Herkunft aufgeschlüsselt wird.

Der Bildungsstand der Bevölkerung wird anhand der erreichten allgemeinen und beruflichen Bildungsabschlüsse gemessen (**B5**). Dazu zählen auch im Ausland erworbene Abschlüsse, was angesichts des zunehmenden Anteils hochqualifizierter Zuwanderer immer relevanter wird. Wie in allen Indikatoren des Kapitels wird auch hier eine Einordnung Deutschlands in den europäischen Kontext vorgenommen.

Kapitel B nimmt somit insgesamt eine bereichsübergreifende und eher kontinuierliche Perspektive über die Bildungsberichte hinweg ein, während in den weiteren Kapiteln bereichsspezifische Informationen über aktuelle Entwicklungen detailliert dargestellt werden.

Bildungseinrichtungen

Im Mittelpunkt dieses Indikators steht die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur, innerhalb derer sich Bildungsprozesse abspielen. Dabei werden zunächst Anzahl, Größe und Trägerschaft der Bildungseinrichtungen^M in den einzelnen Bildungsbereichen betrachtet. Von Bedeutung ist hier insbesondere eine Analyse im Zeitverlauf, weil wegen der demografischen Entwicklungen der letzten Jahre und des veränderten Bildungsverhaltens der Individuen Länder, Kommunen und freie Träger (kirchliche, gemeinnützige und gewerbliche Organisationen) ihre Bildungsprogramme neu strukturiert und durch Neugründungen, Zusammenlegungen und Schließungen von Bildungseinrichtungen an die veränderte Nachfrage angepasst haben.

Unterschiedliche demografische Entwicklungen – beispielsweise zwischen städtischen und ländlichen Kreisen – machen eine regional differenzierte Betrachtung erforderlich. Da Daten zu aus- und weiterbildenden Betrieben sowie zu Einrichtungen der Weiterbildung nur unvollständig vorliegen, kann auf entsprechende Entwicklungen an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Struktur des Bildungsangebots in Deutschland nach Trägerschaft

Die rund 96.000 Bildungseinrichtungen des formalen Bildungssektors in Deutschland wurden 2012 von knapp 17 Millionen Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern besucht. Damit wurden rund 3.000 Bildungseinrichtungen weniger gezählt als 1998 (-3%), als sich der nach der Vereinigung einsetzende Geburtenrückgang in Ostdeutschland noch nicht auf den Schulbereich ausgewirkt hatte (**Tab. B1-1A, Tab. B1-2A, Tab. B1-3web**). Gegenüber 2010, dem Betrachtungsjahr des letzten Bildungsberichts, ist die Zahl der Bildungseinrichtungen dagegen um knapp 900 (0,9%) gestiegen.

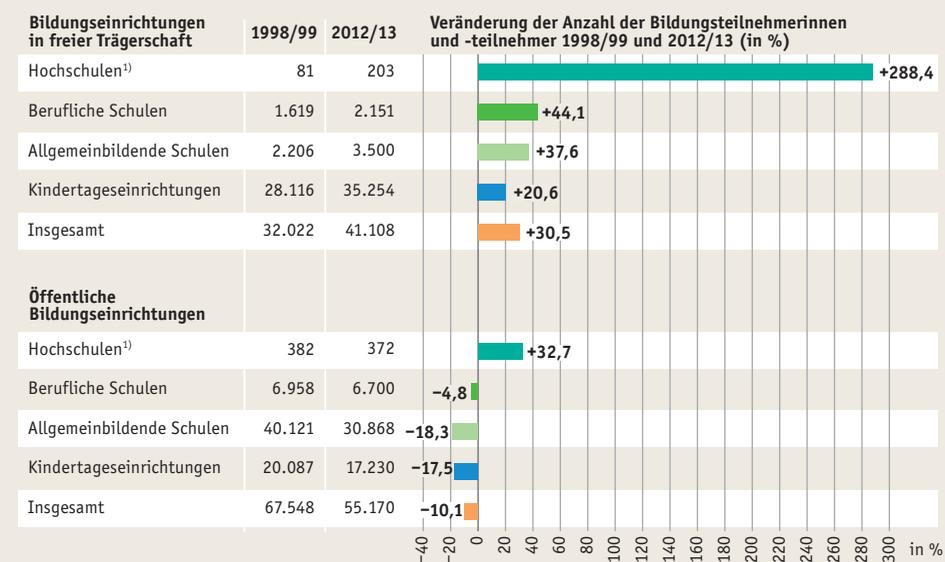
**Starker Rückgang
der Anzahl der
allgemeinbildenden
Schulen**

Die Bildungsinfrastruktur wurde in den letzten beiden Jahrzehnten sowohl an die demografische Entwicklung als auch an die veränderte Bildungsnachfrage angepasst. Dies hat zu gegenläufigen Entwicklungen in den verschiedenen Bildungsbereichen geführt: So ist im Elementarbereich die Zahl der Kindertageseinrichtungen aufgrund des Ausbaus des Bildungsangebots für unter 3-Jährige gestiegen, während der Schülerrückgang und Schulstrukturen zu einem deutlichen Rückgang der Anzahl der allgemeinbildenden Schulen seit 1998 führten. Im Hochschulbereich stieg dagegen seit 1998 die Zahl der Einrichtungen um 112 bzw. 24%.

Allgemeine und berufliche Schulen sowie Hochschulen befinden sich überwiegend in öffentlicher Trägerschaft, das öffentliche Bildungsangebot wird jedoch vielerorts zunehmend durch Einrichtungen in freier Trägerschaft ergänzt oder teilweise ersetzt. Der Umfang des Bildungsangebots in freier Trägerschaft differiert dabei – auch rechtlich und historisch bedingt – zwischen den Bildungsbereichen.

Die Gründung einer Bildungseinrichtung in freier Trägerschaft kann dabei – ebenso wie ihr individueller Besuch – aus einer ganzen Reihe von Motiven erfolgen. Kindertageseinrichtungen werden in Westdeutschland traditionell zu einem Großteil von kirchlichen oder anderen freien Trägern betrieben (vgl. **C2**). In Ostdeutschland wurden erst in den zurückliegenden Jahren in großem Umfang private Kindertageseinrichtungen gegründet. Im Schulbereich stehen bei der Gründung von Einrichtungen in freier Trägerschaft der Erhalt eines wohnortnahen Bildungsangebots, pädagogische Vorstellungen, konfessionelle oder weltanschauliche Prägungen oder auch eine internationale Ausrichtung im Vordergrund (vgl. **D1**). Gründungen im Hochschulbereich erfolgen oftmals, um die Ausbildungsprogramme mit den Qualifika-

Abb. B1-1: Veränderung der Anzahl der Bildungseinrichtungen und der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer 1998/99 und 2012/13 nach Bildungsbereichen und Art der Trägerschaft



1) Hochschulen mit mehreren Hochschulstandorten werden – im Unterschied zu F1 – mehrfach gezählt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik,

Hochschulstatistik

→ Tab. B1-4web, Tab. B1-6web, Tab. B1-7web, Tab. B1-8web

tionserfordernissen von (künftigen) Arbeitgebern zu verzahnen, beispielsweise durch duale Studiengänge (vgl. F1).

Der bereits im Bildungsbericht 2012 festgestellte Anstieg der Zahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft über alle Bildungsbereiche hinweg setzt sich weiter fort (Abb. B1-1, Tab. B1-4web). Besonders stark ist dieser Anstieg im Bereich der Hochschulen. Auch im Bereich der allgemeinbildenden Schulen ist im letzten Jahrzehnt ein starker Anstieg der Anzahl der Einrichtungen in freier Trägerschaft zu verzeichnen. Dies gilt insbesondere für Grundschulen und Schulen mit mehreren Bildungsgängen. So hat sich die Anzahl der Grundschulen in freier Trägerschaft in Westdeutschland seit 1998 mehr als verdoppelt und in Ostdeutschland nahezu versechsfacht. Trotz dieses Anstiegs nehmen Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft in Deutschland insbesondere im Schulbereich noch eine geringere Rolle ein als in vielen anderen Staaten (Tab. B1-5web).

Die Anzahl der öffentlichen Bildungseinrichtungen ist über alle Bildungsbereiche hinweg zurückgegangen, besonders stark im Bereich der allgemeinbildenden Schulen, deren Anzahl seit 1998 um mehr als 9.000 (23%) gesunken ist (Tab. B1-6web). Von Schulschließungen und -zusammenlegungen war insbesondere Ostdeutschland betroffen, wo die Anzahl der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen um 46% zurückging. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für die Teilnehmerzahlen. Auch hier geht ein Anstieg der Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer an privaten Bildungseinrichtungen mit einem Rückgang der Teilnehmerzahlen an öffentlichen Einrichtungen einher (Abb. B1-1, Tab. B1-7web, Tab. B1-8web). Eine Ausnahme bildet lediglich der Hochschulbereich.

Der bundesweit festzustellende Anstieg der Teilnehmerzahlen bei den Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft ist, wie bereits im Bildungsbericht 2012 berichtet, in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Die Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft hat sich hier seit 1998 mehr als verdreifacht. Da sich

Anzahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft steigt weiter

Anteil der Bildungsteilnehmer an Einrichtungen in freier Trägerschaft steigt

im gleichen Zeitraum die Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Ostdeutschland nahezu halbiert hat (-45%), stieg der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft an der Gesamtschülerschaft von 1,3% auf 8,7%. Einrichtungen in freier Trägerschaft sind in der Regel kleiner als die Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. Dies gilt insbesondere für Hochschulen und den Schulbereich. So ist die Schülerschaft eines Gymnasiums in freier Trägerschaft in Ostdeutschland durchschnittlich etwa halb so groß wie diejenige eines öffentlichen Gymnasiums (**Tab. B1-9web, Tab. B1-10web**).

Regionale Unterschiede im Bildungsangebot

Die Sicherung eines umfassenden regionalen Bildungsangebots ist für Länder und Gemeinden angesichts der demografischen Entwicklung und einer gesellschaftlichen Orientierung hin zu höherqualifizierenden Bildungsangeboten eine große Herausforderung. Die Erhaltung eines öffentlichen Angebots erfordert ebenso Finanzmittel wie die staatliche Verpflichtung zur finanziellen Förderung von Einrichtungen in freier Trägerschaft.

Starke Diskrepanzen zwischen Stadt und Land

Besonders deutlich zeigen sich Unterschiede und Veränderungen in der Bildungsinfrastruktur auf regionaler Ebene. Hier lassen sich große Differenzen zwischen den in der Typisierung der Kreise **M** als „Kreisfreie Großstädte“ oder „Städtische Kreise“ eingeordneten Regionen und den ländlichen Kreisen konstatieren (**Tab. B1-11web**). In Großstädten und städtischen Kreisen stieg die Anzahl der Kindertageseinrichtungen zwischen 1998 und 2012 um knapp 3.900 (+12,3%), während sie in den ländlichen Kreisen nur um rund 400 (+2,5%) zunahm. Im Schulbereich zeigt sich, dass in ländlichen Gebieten für die Gestaltung der Bildungswege im Durchschnitt weniger Wahlmöglichkeiten bestehen als in Verdichtungsräumen. Das zunehmende Angebot in freier Trägerschaft im Elementar- und Schulbereich allein kann die flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum nicht sicherstellen.

Diese Diskrepanzen werden auch im Hinblick auf die Entwicklung der Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer deutlich (**Tab. B1-12web**). In ländlichen Kreisen sank deren Anzahl seit 1998 um mehr als 900.000 Personen bzw. 16,8%, während sie in den kreisfreien Großstädten um rund 340.000 Personen bzw. 5,8% stieg. In ländlichen Kreisen ist im gesamten schulischen Bereich in Ostdeutschland sowie in einigen Schularten in Westdeutschland die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer je Einrichtung im Vergleichszeitraum zurückgegangen (**Abb. B1-2A, Tab. B1-13web**). So konnten trotz der dort rückläufigen Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Bildungseinrichtungen erhalten werden.

Methodische Erläuterungen

Bildungseinrichtungen

Betrachtet werden Bildungseinrichtungen des formalen Bildungssystems: Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen. Zu den Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft zählen Einrichtungen kirchlicher, gemeinnütziger und gewerblicher Träger. Die Einrichtungen werden nach bereichsspezifischen Kriterien abgegrenzt. Dabei gelten insbesondere im Schulbereich auch länderspezifische Regelungen zur Schulorganisation (z. B. Organisations-einheit, Niederlassungen, Grad der Zusammenfassung von mehreren Schularten in einer Schule bis hin zur Verwaltungseinheit). Hochschulen mit mehreren Hochschulstandorten werden mehrfach gezählt. Nicht betrachtet werden Weiterbildungseinrichtungen und infor-

melle Lernorte. Ausbildungen im betrieblichen Bereich werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Typisierung der Kreise

Die Typisierung der Kreise basiert auf der vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) entwickelten Einteilung in siedlungsstrukturelle Kreistypen. In der Neutypisierung 2011 werden die Siedlungsstrukturmerkmale „Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten“, „Einwohnerdichte der Kreisregion“ und „Einwohnerdichte ohne Berücksichtigung der Groß- und Mittelstädte“ zugrunde gelegt. Somit können die Gruppen „Kreisfreie Großstädte“, „Städtische Kreise“, „Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen“ und „Dünn besiedelte ländliche Kreise“ unterschieden werden.

Bildungspersonal

Zuletzt im Bildungsbericht 2012 als B2

B
2

Dem Bildungspersonal^M kommt eine entscheidende Bedeutung für die erfolgreiche Gestaltung von Bildungsprozessen, die dabei vermittelten Kompetenzen und erworbenen Abschlüsse sowie die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität des Bildungssystems zu. Die Bildungspersonalrechnung^M, in der das Personal nach Art der Tätigkeit, Alter, Geschlecht und Beschäftigungsumfang dargestellt wird, ermöglicht bereichsübergreifende Vergleiche dieser wichtigen Strukturmerkmale. Abschließend wird erstmals die Gehaltsstruktur des Personals der Bildungsbereiche im öffentlichen Dienst dargestellt.

Personal der Bildungseinrichtungen im Überblick

Im Jahr 2012 sind knapp 2,3 Millionen Personen bzw. 5,6% aller Erwerbstätigen in Kindertageseinrichtungen, als Tagespflegepersonen, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie an Hochschulen beschäftigt (Tab. B2-1A). 78% der in Bildungseinrichtungen Beschäftigten sind mit pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Aufgaben betraut. Seit dem Jahr 2006, für das erstmals Ergebnisse der Bildungspersonalrechnung ermittelt wurden, ist die Anzahl der in den Bildungseinrichtungen Beschäftigten kontinuierlich gestiegen (+15%) – vor allem im frühkindlichen Bereich (+32%) und im Hochschulbereich (+25%, Tab. B2-2A). In diesen Bereichen ist zugleich die Bildungsbeteiligung besonders stark angestiegen (vgl. B4). In beiden Bereichen wird erwartet, dass sich der Bedarf in den nächsten Jahren weiter erhöht, während er in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen weiter zurückgehen wird (vgl. B2 im Bildungsbericht 2012).

Weiterhin steigende Anzahl der Beschäftigten insgesamt, ...

... vor allem in Kindertageseinrichtungen und Hochschulen

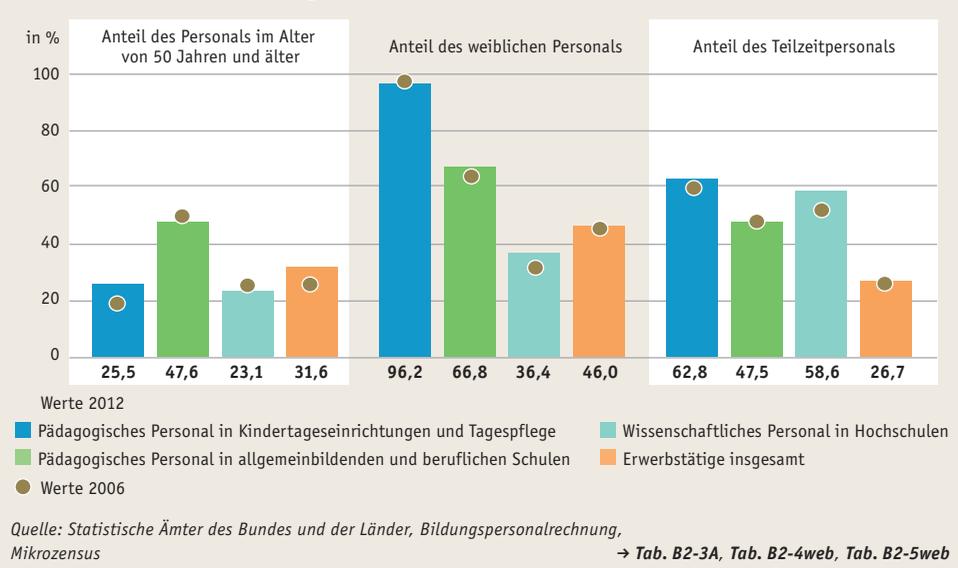
Merkmale des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals

Die Bildungsbereiche zeichnen sich durch unterschiedliche Strukturen vor allem hinsichtlich des Alters, des Geschlechterverhältnisses und des Beschäftigungsumfangs des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals aus (Abb. B2-1, Tab. B2-3A, Tab. B2-4web, Tab. B2-5web).

Im Vergleich der Bildungsbereiche besteht in den Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege (63%) sowie im Hochschulbereich (59%) der höchste Anteil an Teilzeitbeschäftigung. Der Schulbereich (48%) verzeichnet den geringsten Anteil an Teilzeitbeschäftigung, der Anteil ist allerdings trotzdem fast doppelt so hoch wie bei den Erwerbstätigen insgesamt (27%). Auch hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses unterscheiden sich die Bildungsbereiche deutlich: In den Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege (96%) sowie im Schulbereich (67%) sind überwiegend Frauen tätig, während der Anteil des weiblichen wissenschaftlichen Personals an Hochschulen (36%) deutlich unter dem Wert der Erwerbstätigen insgesamt (46%) liegt. Die Unterschiede zwischen den Bildungsbereichen haben bereichsspezifische Ursachen. Noch immer sind weniger Frauen als Männer beruflich im wissenschaftlichen Bereich an Hochschulen tätig, obwohl der Frauenanteil an den Personen mit Hochschulreife und Hochschulabschluss in den jüngeren Altersgruppen inzwischen höher ist als der der Männer (vgl. B5). Wie bereits im Bildungsbericht 2012 dargelegt, zeichnet sich der Schulbereich vor allem durch den hohen Anteil an Personal im Alter von 50 Jahren und älter aus. Dieser Anteil ist mit 48% etwa doppelt so hoch wie im frühkindlichen Bereich und im Hochschulbereich. Im Laufe der nächsten 10 bis 15 Jahre wird somit fast die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden. Dagegen sind im Hochschulbereich viele junge wissenschaftliche Mit-

Teilzeitanteil beim pädagogischen und wissenschaftlichen Personal deutlich höher als bei den Erwerbstätigen insgesamt

48% des pädagogischen Personals an Schulen ist 50 Jahre und älter

Abb. B2-1: Struktur des pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personals im Vergleich zu allen Erwerbstätigen 2006 und 2012

arbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, was zu einem niedrigen Anteil von Personen ab 50 Jahren führt.

Betrachtet man diese Strukturmerkmale im internationalen Vergleich (Tab. B2-6web, Tab. B2-7web, Tab. B2-8web), so zeigt sich in allen betrachteten Staaten das gleiche Muster hinsichtlich der Frauenanteile: je jünger die Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, desto höher die Frauenanteile beim pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal. Deutschland weist im Vergleich zu den betrachteten Staaten allerdings einen der höchsten Anteile an Personal in Teilzeitbeschäftigung sowie im Alter von 50 Jahren und älter auf.

Gehaltsstruktur des Bildungspersonals im öffentlichen Dienst

Das Gehalt stellt zwar für das pädagogische und wissenschaftliche Personal nur einen Aspekt der Beschäftigungsbedingungen dar, ist aber für die Beurteilung der Attraktivität der Beschäftigung im Bildungswesen bedeutsam. Die durchschnittlichen Bruttomonatsbezüge vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Deutschland lagen 2012 bei 3.700 Euro. Die Monatsbezüge des Bildungspersonals liegen im Durchschnitt deutlich darüber. Dass es auch zwischen den Bildungsbereichen große Unterschiede gibt, zeigt die Betrachtung der in verschiedenen Bildungsbereichen typischen Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen ^M (Abb. B2-2, Tab. B2-9web).

Große Gehaltsunterschiede zwischen den Bildungsbereichen

Bei der Interpretation dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass die Personalstrukturen, die Entgelt- und Besoldungsniveaus und der Status des Personals von den Ländern bestimmt werden. Außerdem wirken sich Unterschiede in der Altersstruktur, im Familienstand u. Ä. auf die Höhe der durchschnittlichen Bruttogehälter aus.

Erzieherinnen und Erzieher der öffentlichen Tageseinrichtungen für Kinder sind fast vollständig als Angestellte tätig und befinden sich am häufigsten in der Entgeltgruppe E8. Die durchschnittlichen Monatsbruttobezüge sind mit 3.000 Euro deutlich geringer als in den anderen Bildungsbereichen. In den Schulen, wo insgesamt betrachtet rund drei Viertel der Beschäftigten der Länder verbeamtet sind, beträgt das durchschnittliche Monatsbruttogehalt in der häufigsten Besoldungsgruppe (A13)

Abb. B2-2: Durchschnittliche Monatsbruttogehälter (in Euro)* ausgewählter Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen der Beschäftigten in öffentlichen Bildungseinrichtungen 2012



* Beamtenvergütung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für die Altersversorgung.

1) Anteil der Vergütungsgruppe E8 am gesamten Personal in Tageseinrichtungen (Kommunen).

2) Anteil der jeweiligen Vergütungsgruppe am pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal (Entgelt- bzw.

Besoldungsgruppe E9 bzw. A9 und höher) der jeweiligen öffentlichen Bildungseinrichtung.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes 2012, eigene Berechnungen

→ Tab. B2-9web

4.900 Euro. Innerhalb der Schularten verdienen die Grundschullehrerinnen und -lehrer entsprechend ihrer häufig niedrigeren Besoldungsgruppe deutlich weniger (A12, 4.500 Euro) als ihre Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen. An öffentlichen Hochschulen ist, im Gegensatz zum Schulbereich, die Mehrheit (79%) nicht verbeamtet. Hochschulprofessorinnen und -professoren verdienen mit durchschnittlich 6.400 (W2) bzw. 8.500 (W3) Euro brutto deutlich mehr als Beamte bzw. Beamtinnen in den anderen Bildungsbereichen. Die Mehrheit der hier Tätigen befindet sich allerdings in der Entgeltgruppe E13/E13Ü, die an den öffentlichen Hochschulen durchschnittliche Monatsbruttobezüge von 3.900 Euro aufweist. Das im Vergleich zu den anderen Bereichen geringere Durchschnittsgehalt in dieser Entgeltgruppe ist auf die Altersstruktur der Beschäftigten zurückzuführen, die in den Hochschulen deutlich jünger sind als z.B. in den Schulen.

Methodische Erläuterungen

Bildungspersonal

Bildungspersonal wird verstanden als das in Einrichtungen des Bildungswesens beschäftigte Personal. Dies umfasst sowohl das pädagogische bzw. wissenschaftliche als auch das sonstige Personal. Zum pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte in Schulen sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen. Zum sonstigen Personal zählen das Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliche/technische Personal an Kindertageseinrichtungen, Personal in Schulen unterhalb der Vergütungs- bzw. Besoldungsgruppe E9 bzw. A9 sowie das Verwaltungs- und technische Personal an Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung). Abweichungen zu C4 bzw. F3 entstehen aufgrund von unterschiedlichen Abgrenzungen des Personals.

Bildungspersonalrechnung

Die Bildungspersonalrechnung weist Angaben zum Bildungspersonal über alle Bildungsbereiche einheitlich und überschneidungsfrei nach. Derzeit umfassen die

Daten das Personal in Kindertageseinrichtungen, an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, an Schulen des Gesundheitswesens, an Hochschulen (einschließlich Hochschulkliniken) sowie Tagespflegepersonen. Hierfür werden Angaben aus der Kinder- und Jugendhilfestatistik, der Schulstatistik, der Hochschulstatistik, der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes sowie Angaben der KMK zusammengeführt.

Typische Entgelt- und Besoldungsgruppen

Der Vergleich der Bezüge der im öffentlichen Dienst Beschäftigten erfolgt auf Basis der im jeweiligen Bildungsbereich am häufigsten vertretenen Entgelt- und Besoldungsgruppe. Betrachtet werden die entsprechenden durchschnittlichen Monatsbruttobezüge der Beschäftigten, umgerechnet auf Vollzeitäquivalente. Um die Gehälter von Beamten und Angestellten vergleichen zu können, werden 13,25% der Beamtenvergütung für die Altersversorgung hinzugerechnet. Die Zusetzungen der Sonderzahlungen werden entsprechend den jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen für Angestellte und Beamte vorgenommen (ohne Berücksichtigung von Familienzuschlägen und Leistungsprämien).

Bildungsausgaben

Die Bildungsausgaben^M verdeutlichen die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. Die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wird in einem beträchtlichen Maße von den Ausgaben für Bildung und Forschung beeinflusst. Daher sind die Verbesserung der Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und die Finanzierung durch Bund, Länder, Gemeinden und den privaten Bereich wichtige Aspekte in der bildungspolitischen Diskussion.

Bildungsausgaben im Überblick

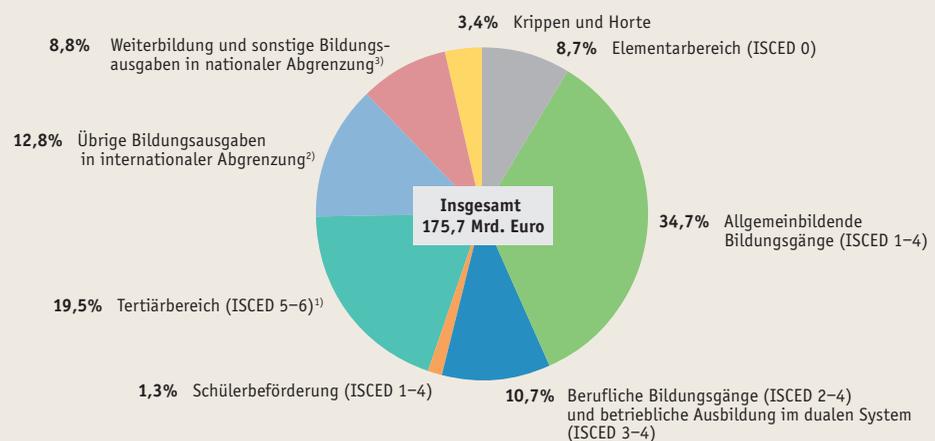
Die Bildungsausgaben werden im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft^M zusammengefasst und nach Teilbudgets gegliedert (Abb. B3-3A). In Deutschland wurden 2011 242,8 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben (9,3% des BIP). Nach vorläufigen Berechnungen stiegen die Ausgaben 2012 auf 247,4 Milliarden Euro (BIP-Anteil 9,3%).

2012: 6,6% des BIP für Bildung

Von den Budgetausgaben entfielen 2011 175,7 Milliarden Euro und 2012 177,0 Milliarden Euro auf Bildung (Tab. B3-1A, Tab. B3-2A). 2012 fiel das Wachstum der Wirtschaftsleistung höher aus als die Steigerung der Bildungsausgaben, sodass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP von 6,7% im Jahr 2011 auf 6,6% im Jahr 2012 zurückging. 1995 wurden noch 6,8% des BIP für Bildung aufgewendet.

Bei den Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen dominiert mit großem Abstand der Schulbereich (Abb. B3-1, Tab. B3-1A). Im Jahr 2011 wurden für allgemeinbildende Bildungsgänge 61,0 Milliarden Euro aufgewendet, für berufliche Bildungsgänge einschließlich der Kosten der betrieblichen Ausbildung im dualen System (ohne Schulen des Tertiärbereichs) 18,8 Milliarden Euro, für den Elementarbereich 15,3 Milliarden Euro, für Hochschulen und andere tertiäre Bildungseinrichtungen 34,3 Milliarden Euro.

Abb. B3-1: Bildungsausgaben 2011 nach Bildungsbereichen*



* Vgl. Anmerkungen zu Tab. B3-1A.

1) Einschließlich Forschungsausgaben der Hochschulen.

2) Beamtenausbildung im mittleren Dienst, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung, Studienseminare, Ausgaben privater Haushalte für Lernmittel, Nachhilfe und dergleichen, Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen.

3) Betriebliche Weiterbildung, Lehrerfortbildung, Volkshochschulen, Förderung der beruflichen Weiterbildung.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/12

In den einzelnen Bildungsbereichen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Während für Kindergärten, Schulen und Hochschulen das Ausgabenvolumen zwischen 1995 und 2011 gestiegen ist, kürzte insbesondere die Bundesagentur für Arbeit ihre Ausgaben für Weiterbildung deutlich (Tab. B3-2A, Tab. B3-3web).

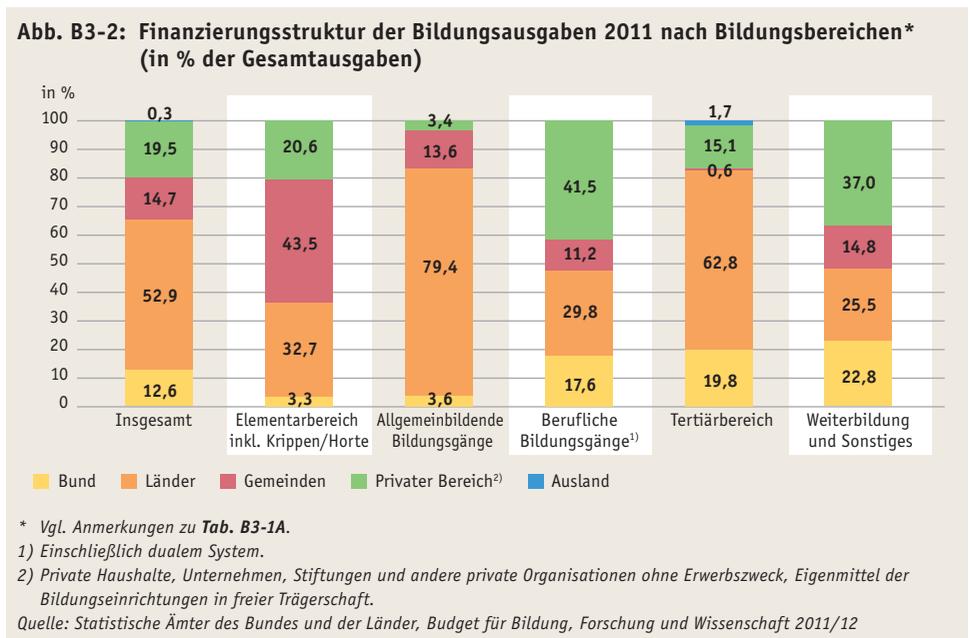
Ausgaben für außerbetriebliche Weiterbildung gesunken

Bildungsausgaben nach finanzierenden Sektoren

Das deutsche Bildungswesen ist im Schul- und Hochschulbereich geprägt durch ein öffentlich finanziertes Bildungsangebot. Im Elementarbereich, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung sind private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt.

Rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben wurden 2011 von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Fünftel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland. Der Bund finanzierte, verteilt über alle Bildungsbereiche, 13% der Bildungsausgaben, die Länder 53% und die Gemeinden 15% (Abb. B3-2, Tab. B3-1A). Vor allem im Elementarbereich spielt die Finanzierung durch die Gemeinden mit 43% eine große Rolle. Während Schulen und Hochschulen in erster Linie vom Land finanziert werden, ist die Weiterbildung in wesentlichen Teilen privat finanziert.

Öffentliche Haushalte finanzieren vier Fünftel der Bildungsausgaben



Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer

Die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin oder -teilnehmer setzen sich zusammen aus den Ausgaben für Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die durchschnittlichen Ausgaben an öffentlichen Schulen je Bildungsteilnehmerin oder -teilnehmer (M) betragen 2011 6.000 Euro (Tab. B3-4web). Während an allgemeinbildenden Schulen 6.500 Euro je Schülerin oder Schüler ausgegeben wurden, sind es an beruflichen Schulen – bedingt durch den hohen Anteil des Teilzeitunterrichts in der dualen Ausbildung – 4.100 Euro (Tab. B3-5web). Von den Ausgaben an öffentlichen Schulen von durchschnittlich 6.000 Euro wurden 4.800 Euro für Personal, 700 Euro für den laufenden Sachaufwand und 500 Euro für Investitionen je Schülerin bzw. Schüler ausgegeben (Tab. B3-6web). Seit 2005 sind die Ausgaben je Schülerin bzw. Schüler

Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen seit 2005 um 26% gestiegen



aufgrund der Ausgabensteigerungen und rückläufigen Schülerzahlen von 4.700 Euro auf 6.000 Euro im Jahr 2011 gestiegen (nominal + 26,0%, real + 19,1%).

Die Ausgaben je Studierenden^M im Hochschulbereich betragen 2011 nach internationaler Abgrenzung (ISCED 5A/6) 14.300 Euro (einschließlich Forschung und Entwicklung). Werden nur die Ausgaben für Lehre ohne Forschung und Entwicklung betrachtet, wurden 2011 8.100 Euro pro Studierenden ausgegeben. Die Ausgaben pro Studierenden werden beeinflusst von der Fächerstruktur, der Hochschulart, der Höhe der Investitionen, der Forschungsintensität und der Auslastung der Hochschulkapazitäten. Aufgrund der stark gestiegenen Studierendenzahlen sind die Ausgaben je Studierenden von 2005 bis 2011 nur um nominal 13,6% erhöht worden (**Tab. B3-7web**).

Finanzausstattung im internationalen Vergleich

Die aktuellsten Vergleichsdaten zu den Bildungsfinanzen der OECD-Staaten beziehen sich auf das Jahr 2010. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistung gab Deutschland 2010 mit einem BIP-Anteil von 5,3% weniger für Bildungseinrichtungen aus als andere OECD-Staaten (OECD-Durchschnitt 6,3%, **Tab. B3-8web**). Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil der üblicherweise Bildungseinrichtungen besuchenden Altersgruppe der unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland im Jahr 2010 mit 31% deutlich geringer ist als im OECD-Durchschnitt (39%).

Die vergleichsweise geringe Zahl der Bildungsteilnehmer führt dazu, dass die absoluten Bildungsausgaben pro Teilnehmerin und Teilnehmer vom Primar- bis zum Tertiärbereich 2010 in Deutschland kaufkraftbereinigt mit 10.200 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt (9.300 US-Dollar, **Tab. B3-9web**) lagen. Allerdings bestanden zwischen den Bildungsbereichen deutliche Unterschiede. Die Ausgaben je Teilnehmerin oder Teilnehmer im Primarbereich und im Sekundarbereich I waren niedriger als im OECD-Durchschnitt, in den beruflichen Bildungsgängen und im Tertiärbereich dagegen höher.

Konjunktur- und andere Sonderprogramme haben in Deutschland zu einer relativen Verbesserung der Finanzsituation im Bildungswesen seit 2008 geführt. So stiegen die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin bzw. -teilnehmer (Primär- bis Tertiärbereich) in Deutschland von 2008 bis 2010 um 12%, im OECD-Durchschnitt nur um 5%.

2010: BIP-Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Deutschland bei 5,3% (OECD-Durchschnitt: 6,3%)

Ausgaben je Bildungsteilnehmerin bzw. -teilnehmer in Deutschland über OECD-Durchschnitt

Methodische Erläuterungen

Bildungsausgaben

Bildungsausgaben umfassen Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträgen), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung der im Bildungsbereich aktiven Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, Umschulungen, Schülerbeförderung u. a. nachgewiesen. Falls nicht unmittelbar erwähnt, werden die Ausgaben in den jeweiligen Preisen angegeben.

Bildungsbudget

Das Bildungsbudget betrachtet in einer Gesamtschau Bildungsausgaben in international kompatibler Abgrenzung sowie zusätzliche bildungsrelevante Bereiche

in nationaler Abgrenzung. Im Bildungsbericht werden die Finanzierungsbeiträge der Gebietskörperschaften unter Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs („Initial Funds“) dargestellt – siehe Details dazu im Bildungsfinananzbericht 2013.

Ausgaben an öffentlichen Schulen je Bildungsteilnehmerin bzw. Bildungsteilnehmer

Die Ausgaben öffentlicher Schulen basieren auf der Jahresrechnungsstatistik des öffentlichen Gesamthaushalts im Aufgabenbereich Schulen und Schulverwaltung für das Haushaltsjahr 2011.

Ausgaben je Studierenden

Die Ausgaben je Studierenden nach internationaler Abgrenzung enthalten Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand, Investitionen und unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtetes Personal. Des Weiteren werden die Ausgaben von Studentenwerken und dergleichen einbezogen. Ausgaben für Krankenbehandlung sind nicht enthalten. Die Ausgaben können sowohl für Forschung und Lehre dargestellt werden als auch nur für die Lehre.

Bildungsbeteiligung

Zuletzt im Bildungsbericht 2012 als B4

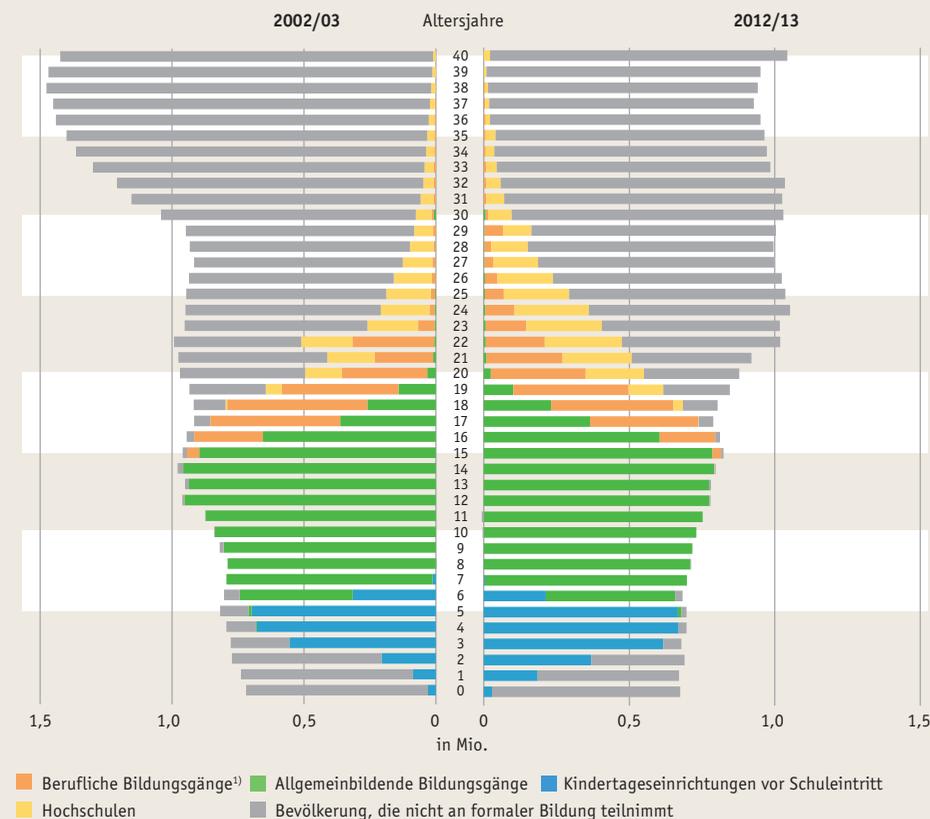
Bildung kann in verschiedenen Formen, an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Lebensabschnitten stattfinden. Für junge Menschen ist der Besuch von Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Berufsbildung das wesentliche Element in diesem Lebensabschnitt. Bei Erwachsenen sind Lernaktivitäten innerhalb und außerhalb des formalen Bildungssystems für die Bildungsbeteiligung von Relevanz. Wie in den Bildungsberichten zuvor wird zunächst die Bildungsbeteiligung nach Altersgruppen, Geschlecht und Migrationshintergrund dargestellt. Der internationale Vergleich geht insbesondere auf das Erreichen der EU-Zielwerte hinsichtlich der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger und der Beteiligung Erwachsener am lebenslangen Lernen ein.

Struktur der Bildungsbeteiligung in Deutschland

Rund 16,6 Millionen Personen nehmen im Jahr 2012/13 an Bildungsangeboten in Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen^M sowie Hochschulen teil (Abb. B4-1, Tab. B4-1A). Das sind mehr als eine halbe Million Personen weniger als noch zehn Jahre zuvor.

Rund eine halbe Million weniger Bildungsteilnehmer seit 2002/03, ...

Abb. B4-1: Bevölkerung sowie Teilnehmerinnen und -teilnehmer in Bildungseinrichtungen 2002/03 und 2012/13 nach Bereichen und Alter (in Mio.)



1) 2002/03 beinhaltet das Einzelalter 22 Jahre für Berufsschulen auch ältere Personen. Für 2012/13 beinhaltet das Einzelalter 29 Jahre für Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens (außer im Saarland) auch ältere Personen.
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik, Bevölkerungsstatistik

Ursächlich für den Rückgang der Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ist die demografische Entwicklung. Im Vergleichszeitraum nahm die Alterskohorte der unter 30-Jährigen um 7% ab, die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aber nur um 3%. Dies ist neben der Änderung des Bildungsverhaltens auf Strukturreformen im Bildungswesen (z.B. Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-Jährige) und in anderen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Aussetzung der Wehrpflicht) zurückzuführen. Insgesamt führt dies zu Verschiebungen in der Art der Bildungsbeteiligung sowie in der Altersstruktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (**Tab. B4-3web, Tab. B4-4web**).

... bei gesteigerter Nachfrage im frühkindlichen Bereich und im Hochschulbereich

So ist die Teilnahme an Angeboten in Kindertageseinrichtungen seit 2002/03 insgesamt deutlich gestiegen, vor allem bei den 1- bis 2-Jährigen (vgl. **C3**). Zudem findet die Einschulung der Kinder früher statt als noch vor zehn Jahren: 2012/13 besuchen 65% der 6-jährigen Kinder bereits allgemeinbildende Schulen, während es 2002/03 53% waren. Weitere Veränderungen zeigen sich im Hochschulbereich, der zunehmend früher besucht wird, aber auch bei den über 25-Jährigen weiterhin eine wichtige Rolle spielt. So nahmen vor 10 Jahren 6% der 19-Jährigen an Hochschulbildung teil – 2012/13 sind es, beispielsweise aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht und der Einführung von G8, bereits 14%. Das zeigt sich auch bei der Betrachtung des Durchschnittsalters der Studienanfängerinnen und -anfänger, das im Vergleichszeitraum gesunken ist (**Tab. B4-5web**). Da auch Angebote beruflicher Bildung häufig von über 20-Jährigen besucht werden, führt dies insgesamt dazu, dass der Anteil der Personen in der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, in den letzten zehn Jahren gesunken ist. Die Ergebnisse der Bildungsvorausberechnung, die den Einfluss der demografischen Entwicklung auf die Teilnehmerzahlen beschreiben, zeigen, dass sich die oben benannten Trends bis 2025 fortsetzen werden (**Tab. B4-6web**).

Bildungsbeteiligung nach Migrationshintergrund und sozialer Herkunft

Personen mit Migrationshintergrund in gleichem Umfang an Bildung beteiligt, aber eher in niedrig qualifizierenden Bildungsgängen

Eine hohe Bildungsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund ist eine wichtige Grundlage für deren Integration, da gesellschaftliche Teilhabe und beruflicher Erfolg maßgeblich durch eine qualifizierte Ausbildung beeinflusst werden (vgl. **I1**). Die Bildungsbeteiligungsquoten der 16- bis unter 30-Jährigen unterscheiden sich zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund zwar kaum (**Tab. B4-7web**), jedoch lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Art der besuchten Bildungseinrichtung feststellen (**Tab. B4-2A**). So besuchen 2012 noch 5,4% der 16- bis unter 30-Jährigen ohne Migrationshintergrund den Sekundarbereich I einer allgemeinbildenden Schule, während es bei den Personen mit Migrationshintergrund 8,4% sind. 15,8% der 16- bis unter 30-Jährigen ohne Migrationshintergrund, aber nur 13,7% der Personen mit Migrationshintergrund sind an einer Hochschule immatrikuliert. Innerhalb der letzten sieben Jahre haben jedoch, begünstigt durch die Reformbestrebungen im Bildungsbereich, teilweise auch Angleichungsprozesse stattgefunden. Lag die Bildungsbeteiligungsquote der 16- bis unter 30-jährigen Personen mit Migrationshintergrund 2005 noch deutlich unter derjenigen der Personen ohne Migrationshintergrund, so liegt sie nun nach einem Anstieg um mehr als 4 Prozentpunkte leicht darüber (**Tab. B4-8web**). Bei türkischstämmigen Personen beträgt dieser Anstieg sogar knapp 13 Prozentpunkte. Dabei hat sich der Anteil türkischstämmiger Personen, die an einer Hochschule immatrikuliert sind, von 4,2% auf 8,4% verdoppelt.

Herkunftsbedingte Muster zeigt auch die Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach dem Bildungsstand der Eltern: Je höher die betrachtete Bildungsform, desto höher ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern die (Fach-)Hochschulreife oder einen -abschluss haben (**Tab. B4-9web, Tab. B4-10web**). Betrachtet man

analog zu Indikator **A4** die Risikolagen, in denen sich Kinder befinden können, so stellt man fest, dass der Anteil der Schülerschaft aus bildungsfernen Elternhäusern (d.h. Bildungsabschluss der Eltern unter ISCED 3) an Hauptschulen sechsmal so hoch ist wie an Gymnasien (**Tab. B4-11web**). Die Hälfte der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen ist von mindestens einer Risikolage betroffen – an Gymnasien sind es 18% (vgl. auch **D2**).

Bildungsbeteiligung im internationalen Vergleich

Hohe Bildungsbeteiligungsquoten gehen tendenziell mit einem niedrigen Anteil an frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgängern^M, die als potenzielle Risikogruppe im Hinblick auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt und ihre gesellschaftliche Teilhabe gelten, einher. Die Reduktion des Anteils der frühzeitigen Schulabgängerinnen und -abgänger auf höchstens 10% wurde deshalb als eines der bildungsrelevanten Kernziele von der Europäischen Union im Rahmen der Europa 2020-Strategie^M definiert. Der europäische Zielwert von 10% wurde 2012 im EU-Durchschnitt (13%) noch nicht erreicht (**Abb. B4-2A, Tab. B4-12web**).

Deutschland verfehlte die Zielmarke mit 10,6% knapp und befindet sich im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Die südeuropäischen Staaten Spanien, Malta, Portugal und Italien verzeichnen mit Werten von über 17% mehr als viermal höhere Anteile als die Staaten mit den niedrigsten Werten. In Deutschland stellen vor allem Personen mit Migrationshintergrund eine potenzielle Risikogruppe dar (vgl. **D2**): 17% von ihnen sind frühzeitige Schulabgängerinnen bzw. -abgänger, während es bei Personen ohne Migrationshintergrund nur 8% sind.

Die stetige Weiterentwicklung und Anpassung der Fähigkeiten und Kenntnisse über die gesamte Lebensspanne hinweg wird als Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und die individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben angesehen. Auf europäischer Ebene wird deshalb angestrebt, die Beteiligung Erwachsener am Lebenslangen Lernen^M bis 2020 auf mindestens 15% zu steigern. 2012 beträgt der EU-Durchschnitt 9%, wobei zwischen den Staaten erhebliche Unterschiede festzustellen sind (**Tab. B4-13web**). Während Deutschland mit 8% einen eher mittelmäßigen Anteil aufweist, verzeichnen unter anderem einige nordeuropäische Staaten Anteile von über 20%. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass in vielen Staaten berufliche Kenntnisse in Qualifizierungskursen vermittelt werden, die in Deutschland Teil der dualen Ausbildung sind.

Soziale Herkunft beeinflusst nach wie vor die Art der besuchten Bildungseinrichtung

Frühzeitige Schulabgänger: Deutschland verfehlt EU-Zielwert nur knapp

Beteiligung am Lebenslangen Lernen: Deutschland mit 8% deutlich unter dem EU-Zielwert von 15%

Methodische Erläuterungen

Allgemeinbildende und berufliche Bildungsgänge

Zu den allgemeinbildenden Bildungsgängen zählen allgemeinbildende Schularten sowie berufliche Schularten, an denen primär allgemeine Schulabschlüsse erworben werden (vgl. Glossar).

Frühzeitige Schulabgängerinnen und -abgänger

In der Europäischen Union bezeichnet man als frühzeitige Schulabgängerinnen bzw. -abgänger alle Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren, die nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungen teilnehmen. Bei der Quotenberechnung bleiben u. a. die Personen unberücksichtigt, die noch keinen Sekundarabschluss haben, aber noch eine Schule besuchen oder eine berufliche Ausbildung absolvieren. Im Gegensatz dazu wird in Kapitel D die nationale Definition verwendet.

Europa 2020-Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum

Die Europa 2020-Strategie soll der EU und den Mitgliedstaaten helfen, ein hohes Maß an Beschäftigung, Produktivität und sozialem Zusammenhalt zu erreichen. Die EU definiert dafür Ziele in den fünf Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, soziale Integration und Klima/Energie, die bis 2020 verwirklicht werden sollen. Jeder Mitgliedstaat hat für jeden dieser Bereiche zusätzlich seine eigenen nationalen Ziele festgelegt.

Die Beteiligung Erwachsener am Lebenslangen Lernen

Betrachtet wird hierbei der Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen, die in den letzten vier Wochen an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung teilgenommen haben. Berücksichtigt werden sowohl Personen in formaler Bildung als auch Personen, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Auf nationaler Ebene wird abweichend von der europäischen Definition auf Grundlage des AES meist ein Zeitraum von zwölf Monaten betrachtet (vgl. **G**).

Bildungsstand der Bevölkerung

Ein hoher Bildungsstand der Bevölkerung ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor und eine wichtige Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. Globalisierung und technologischer Fortschritt führen zu einem steigenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften, während geringqualifizierte Personen zunehmend Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben (vgl. **A3** und **I1**). Der Bildungsstand der Bevölkerung wird im Folgenden – wie auch in den Berichten zuvor – anhand von erreichten Bildungsabschlüssen betrachtet. Die formalen Bildungsabschlüsse bestimmen maßgeblich den Zugang zu weiterführenden Ausbildungsgängen und die beruflichen Entwicklungswege. Der Zusammenhang von Bildungsabschlüssen und Kompetenzen Erwachsener wird anhand der PIAAC-Daten an anderer Stelle (vgl. **G3**, **I1**) dargestellt.

Bildungsabschlüsse nach Altersgruppen und Migrationshintergrund

Steigender Bildungsstand der Bevölkerung,...

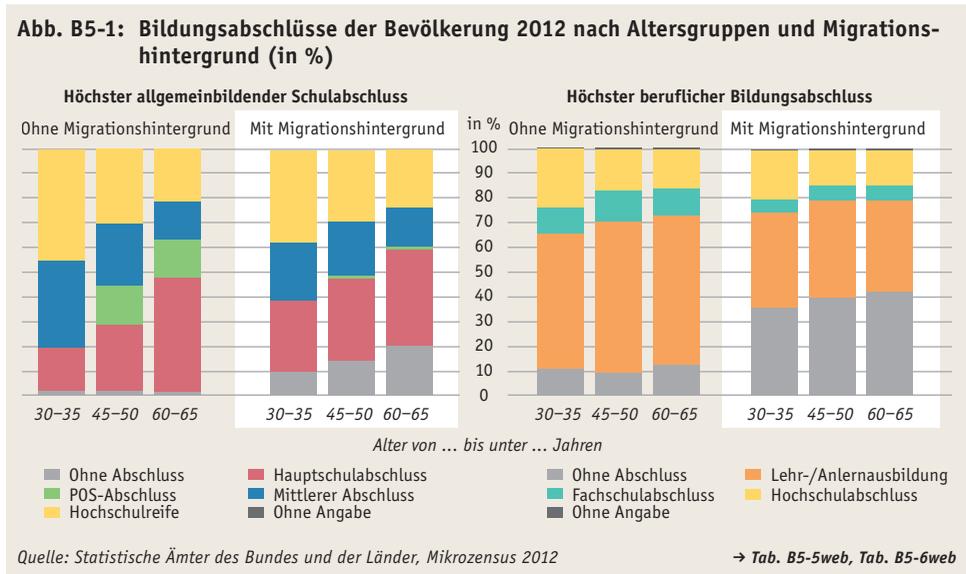
... aber 17% der 30- bis unter 35-Jährigen ohne beruflichen Abschluss und ...

... weiterhin geringerer Bildungsstand der Personen mit Migrationshintergrund

Der Kohortenvergleich zeigt, dass sich der Bildungsstand der Bevölkerung, wie auch in den vorherigen Bildungsberichten dargelegt, in den letzten Jahrzehnten deutlich erhöht hat. Der Anteil der Personen mit Hochschulreife ist bei den 30- bis unter 35-Jährigen mit 43% rund doppelt so hoch wie bei den 60- bis unter 65-Jährigen (22%, **Tab. B5-1A**, **Tab. B5-3web**). Im Vergleich der Kohorten entscheiden sich anteilig immer mehr Personen mit Hochschulreife für eine Berufsausbildung statt für ein Hochschulstudium – wenn auch die Übergangsquote in die Hochschulen seit 2006 wieder zugenommen hat (vgl. **E3**, **F2**). Während bei den 60- bis unter 65-Jährigen mit Hochschulreife etwa 72% ein Hochschulstudium abgeschlossen haben, waren es bei den 30- bis unter 35-Jährigen nur 53%. Dennoch ist der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss bei den Jüngeren im Vergleich zu den Älteren deutlich gestiegen (+7 Prozentpunkte, **Tab. B5-2A**, **Tab. B5-4web**), was vor allem auf den steigenden Anteil von Hochschulabsolventinnen zurückzuführen ist. In den jüngeren Kohorten haben Frauen bereits häufiger einen Hochschulabschluss erworben als Männer. Keinen beruflichen Abschluss haben 17% der 30- bis unter 35-jährigen Frauen und Männer, während es in der Alterskohorte der 60- bis unter 65-Jährigen 11% der Männer und 23% der Frauen sind.

Neben diesen Unterschieden nach Geschlecht gibt es deutliche herkunftsbedingte Disparitäten: Der Bildungsstand der Personen mit Migrationshintergrund ist weiterhin deutlich geringer als der der Personen ohne Migrationshintergrund (**Abb. B5-1**, **Tab. B5-5web**, **Tab. B5-6web**). So sind sowohl der Anteil der Personen mit Hochschulreife als auch der Anteil mit Hochschulabschluss bei 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund – trotz Steigerung über die Altersgruppen hinweg – um 8 bzw. 4 Prozentpunkte geringer. Die Anteile der Personen mit Berufsausbildungsabschlüssen sind in dieser Altersgruppe bei Personen mit Migrationshintergrund sogar um 16 Prozentpunkte niedriger (55 gegenüber 39%). Die gravierendsten Unterschiede sind bei Personen ohne allgemeinbildenden bzw. beruflichen Abschluss festzustellen: Hier sind 30- bis unter 35-Jährige mit Migrationshintergrund rund 5- bzw. 3-mal so häufig betroffen wie Personen ohne Migrationshintergrund.

Beim Vergleich der Alterskohorten der 30- bis unter 35-Jährigen mit den 60- bis unter 65-Jährigen werden unterschiedliche Entwicklungen deutlich: Personen ohne Migrationshintergrund erwerben statt Berufsausbildungsabschlüssen (–6 Prozentpunkte) häufiger Hochschulabschlüsse (+8 Prozentpunkte). Personen mit Migrationshintergrund zeigen ebenfalls bemerkenswerte Steigerungen hinsichtlich der Hochschulabschlüsse (+6 Prozentpunkte), gleichzeitig aber auch eine Zunahme bei den Berufsausbildungsabschlüssen (+2 Prozentpunkte). Insgesamt führt dies dazu,



dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die keinen beruflichen Abschluss haben, von 42% bei den 60- bis unter 65-Jährigen auf 35% bei den 30- bis unter 35-Jährigen gesunken ist. Auch der Anteil der Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss hat sich hier mehr als halbiert (20 vs. 9%).

Wie auch in den vorherigen Bildungsberichten dargestellt, gibt es innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund große Unterschiede zwischen den Herkunftsregionen (Abb. B5-3A, Tab. B5-7web, Tab. B5-8web). Die oben beschriebene Steigerung des Anteils an Hochschulabschlüssen über die Alterskohorten findet vor allem bei Personen aus den ehemaligen Anwerbestaaten und sonstigen EU-27-Staaten statt (Tab. B5-9web, Tab. B5-10web). Der Rückgang des Anteils der Personen ohne beruflichen Abschluss ist vor allem auf türkischstämmige Personen mit Migrationshintergrund zurückzuführen, die in der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen mit 53% allerdings noch immer am häufigsten ohne beruflichen Abschluss bleiben.

Der steigende Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen bei den Personen mit Migrationshintergrund ist nicht nur auf das deutsche Bildungssystem zurückzuführen, sondern auch auf die Zuwanderung von Hochqualifizierten. So ist bei seit 2000 zugewanderten Personen mit Migrationshintergrund der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss mit 22% fast doppelt so hoch wie der Anteil bei den zwischen 1990 und 1999 Zugewanderten (12%, Tab. B5-11web). Vor allem sind im letzten Jahrzehnt vermehrt Hochqualifizierte aus den ehemaligen Anwerbestaaten und sonstigen EU-27-Staaten zugewandert. Insgesamt hatten 61% der 2012 in Deutschland lebenden Hochqualifizierten mit Migrationshintergrund ihren Abschluss im Ausland erworben. Für Hochqualifizierte aus sonstigen europäischen Staaten und sonstigen EU-27-Staaten scheint Deutschland besonders attraktiv zu sein: 75 bzw. 64% von ihnen haben ihren Hochschulabschluss im Ausland erworben. Inwieweit die Personen, die im Ausland ihre Hochschulabschlüsse erworben haben, in Deutschland auch tatsächlich entsprechend ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt sind, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht sagen. Eine aktuelle Studie des DIW¹ zeigt jedoch, dass das Risiko einer inadäquaten Beschäftigung für Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere für Ausländer aus Rumänien, Bulgarien sowie aus Nicht-EU-Staaten, deutlich höher ist als für andere Bevölkerungsgruppen. Eine Auswertung des Mikrozensus¹ zeigt außerdem, dass Personen mit Migrationshintergrund, die ihren

Trotz Verbesserung immer noch 35% der 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss

Vermehrte Zuwanderung von Hochqualifizierten

Höhere Erwerbslosenquote bei zugewanderten Hochschulabsolventen

1 Brenkem, K. & Neubecker, N. (2013). Struktur der Zuwanderung verändert sich deutlich. In DIW Wochenbericht Nr. 49, S. 3-31.

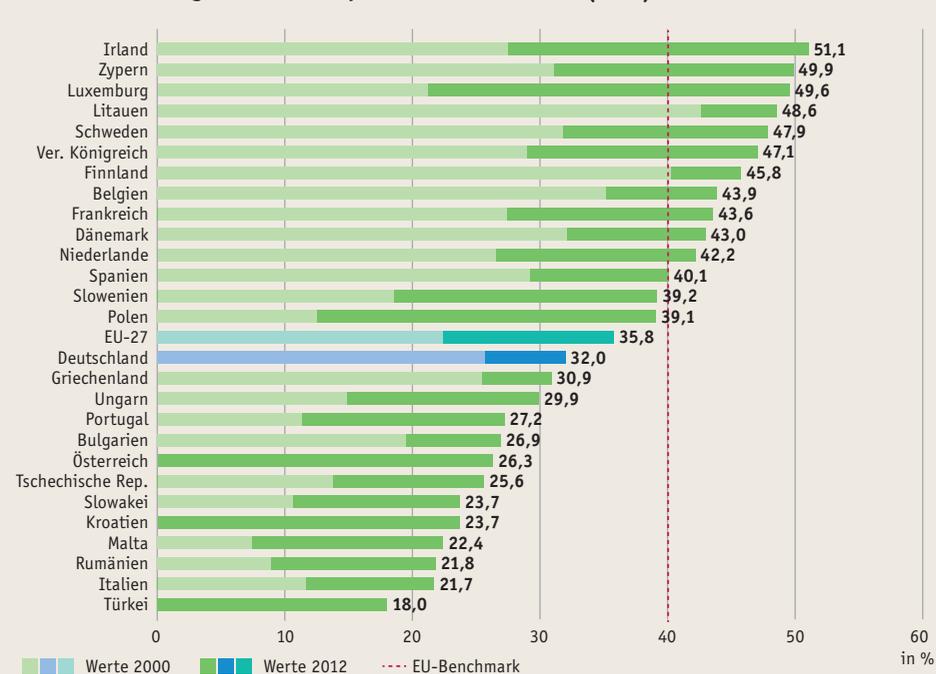
Hochschulabschluss im Ausland erworben haben, häufiger erwerbslos sind (5%) als in Deutschland ausgebildete Personen mit Migrationshintergrund (3%) oder Hochschulabsolventinnen und -absolventen ohne Migrationshintergrund (1%).

Tertiärabschlüsse im europäischen Vergleich

Geringe Steigerung der Anteile der Tertiärabschlüsse im europäischen Vergleich

Im Rahmen der Europa 2020-Strategie wurden sowohl nationale als auch europäische Zielwerte zur Erhöhung der Anteile der 30- bis unter 35-Jährigen mit tertiärem (oder postsekundarem nicht-tertiärem) Abschluss ^M formuliert. Nach dem EU-Zielwert soll bis 2020 der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Tertiärabschluss auf mindestens 40% erhöht werden. 2012 lag der Anteil im EU-Durchschnitt bei 36% (Abb. B5-2). Dabei wurde seit 2000 eine Steigerung um 13 Prozentpunkte erreicht (Tab. B5-12web). Deutschland liegt mit einem Anteil von 32% unter dem Zielwert und weist zudem gemeinsam mit Finnland, Griechenland und Litauen die geringste Steigerung seit 2000 auf (+6 Prozentpunkte). Um der besonderen Bedeutung des Berufsbildungssystems in Deutschland zu entsprechen, hat die Bundesregierung zusätzlich einen nationalen Zielwert festgelegt, der auch postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) berücksichtigt. Dieser nationale Zielwert, der eine Erhöhung des Anteils auf mindestens 42% vorsieht, wurde 2012 mit einem Anteil von 43% bereits übertroffen.

Abb. B5-2: Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Abschluss des Tertiärbereichs in ausgewählten europäischen Staaten 2012 (in %)



Quelle: Eurostat-Homepage, Arbeitskräfteerhebung

→ Tab. B5-12web

Methodische Erläuterungen

30- bis unter 35-Jährige mit tertiärem (oder postsekundarem nicht-tertiärem) Abschluss

Nach der Europa 2020-Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen, die einen Hochschulabschluss oder einen anderen Tertiärabschluss (ISCED 5A,

ISCED 5B und ISCED 6) erreicht haben, auf mindestens 40% erhöht werden. Der nationale Zielwert schließt zusätzlich postsekundäre nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4) ein und definiert als Ziel eine Erhöhung des Anteils auf mindestens 42% bis 2020.

Perspektiven

Die wirtschaftliche und technologische Entwicklung, die Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und ebenso der Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft haben in den letzten Jahren die Anforderungsprofile und Arbeitsformen auf dem Arbeitsmarkt verändert. Um die Humanressourcen für die Wirtschaft zu sichern, Chancengleichheit zu gewährleisten und die gesellschaftliche Teilhabe der Individuen zu ermöglichen, ist es notwendig, dass alle Bevölkerungsgruppen sich an Bildungsprogrammen beteiligen, um erforderliche Kompetenzen zu erwerben, zu erhalten oder zu verbessern.

Nach Auffassung der EU sollten die Menschen mindestens über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen, sich am lebenslangen Lernen beteiligen, und es sollten mehr Personen einen Hochschulabschluss erwerben. Wegen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung hat die EU in ihrer auf zehn Jahre angelegten Wachstumsstrategie *Europa 2020* deshalb für den Bildungsbereich zwei Hauptziele gesetzt: Die Quote frühzeitiger Schulabgänger auf unter 10% zu senken und den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit abgeschlossener Hochschulbildung auf mindestens 40% zu steigern. Deutschland hat diese für 2020 angestrebten Ziele 2012 noch nicht erreicht. So lag der Anteil frühzeitiger Schulabgängerinnen und -abgänger (**B4**) in Deutschland 2012 bei 11% (EU-Durchschnitt 13%). Bezüglich des zweiten Ziels liegt Deutschland mit 32% im Jahr 2012 hingegen deutlich unter dem internationalen Zielwert sowie unter dem EU-Durchschnitt (36%) und weist im Vergleich zu anderen Staaten eine geringere Steigerung auf (**B5**). Im Gegenzug dazu hat Deutschland das nationale Ziel, den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem tertiären oder vergleichbaren Abschluss (ISCED 4, 5A/B und 6) auf 42% zu steigern, bereits erreicht (43% im Jahr 2012).

Um das Ziel zu erreichen, alle Personengruppen ungeachtet ihres sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Hintergrunds an Bildung zu beteiligen, ist es erforderlich, die Bildungseinrichtungen mit den notwendigen Personal- und Finanzressourcen auszustatten. Insbesondere aufgrund des demografischen Wandels und von Veränderungen im Bildungsverhalten der Bevölkerung muss die Bildungsinfrastruktur stetig angepasst werden (**B1**). Nach den Bildungsvorausberechnungen wird sich die Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer insgesamt bis 2025

um 12% verringern. Von diesem Rückgang ist in erster Linie der Schulbereich betroffen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung und im Hochschulbereich steigt demgegenüber der Bedarf aufgrund des veränderten Bildungsverhaltens (vgl. Kapitel **C** und **F**) in den nächsten Jahren noch an. Folglich steigt die Anzahl der Einrichtungen für unter 3-Jährige sowie der Hochschulen, während die Anzahl der allgemeinbildenden Schulen deutlich sinkt. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich in den nächsten Jahren fortsetzen. Angesichts des Rückgangs der Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im ländlichen Raum wird die flächendeckende Bereitstellung eines vielfältigen Bildungsangebots zunehmend zur Herausforderung. Schon jetzt bestehen hier weniger Wahlmöglichkeiten als in Verdichtungsräumen. In diesem Zusammenhang ist auch die strukturelle Entwicklung hin zur Zusammenlegung einiger Schulformen (z. B. von Haupt- und Realschulen) zu nennen (vgl. **D1**), die mit einer Reduktion der Anzahl der Einrichtungen einhergeht.

Auch hinsichtlich der Anbieter verändert sich die Bildungsinfrastruktur: Der bereits im Bildungsbericht 2012 festgestellte Anstieg der Zahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft setzt sich weiter fort. Immer mehr Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer entscheiden sich für den Besuch dieser Bildungseinrichtungen. Aus Nutzerperspektive erweitert sich hierdurch das Bildungsangebot. Es wird zu beobachten sein, wie sich das Nebeneinander von öffentlichen und privaten Angeboten auf die Größe und die räumliche Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen auswirkt und welchen Einfluss dies auf die Chancengleichheit und den Bildungserfolg der Individuen unterschiedlicher Herkunft hat.

Der Anstieg der Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im frühkindlichen Bereich und im Hochschulbereich geht mit einem Anstieg des Personals (**B2**) in den Bildungseinrichtungen dieser Bereiche einher (vgl. Kapitel **C** und **F**). In diesen beiden Bereichen wird der Bedarf nach den Bildungsvorausberechnungen in den nächsten Jahren weiter steigen. Auch vor dem Hintergrund des insbesondere im Schulbereich hohen Anteils an Personal ab 50 Jahren wird die Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung vielfältiger Bildungsangebote spielen.

Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind im pädagogischen Bereich deutlich unterrepräsentiert.

Im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Tagespflege sind zudem nur wenige Männer tätig. Dies stellt eine Disparität im Vergleich zur Zusammensetzung der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer dar. Um den zukünftigen Bedarf an qualifiziertem pädagogischen Personal sicherzustellen, bedarf es besonderer Anstrengungen, um den Anteil an Männern und von Personen mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu erhöhen. Die Gewinnung von qualifiziertem Personal hängt stark von der Attraktivität pädagogischer Berufe ab, die unter anderem durch das Gehaltsniveau und die Arbeitsbedingungen bestimmt wird.

Die Anzahl und Qualität der Bildungseinrichtungen und des -personals werden signifikant von der Höhe der Bildungsausgaben (**B3**) beeinflusst. Diese werden in Deutschland insbesondere im Schul- und Hochschulbereich nach wie vor überwiegend aus öffentlichen Haushalten finanziert. Während die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben seit 2009 absolut weiter gestiegen sind, ist ihr Anteil gemessen an der Wirtschaftsleistung aufgrund der Erholung von der Finanzkrise 2012 leicht gesunken. Das von den Regierungschefs des Bundes und der Länder beschlossene Ziel, dass bis zum Jahr 2015 in Deutschland der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf mindestens 10% des BIP gesteigert werden soll, wurde noch nicht erreicht (2012: 9,3%).

Um die Bildungsinfrastruktur an das veränderte Bildungsverhalten (z. B. Ausbau des Betreuungsangebots für unter 3-Jährige, Erweiterung der Hochschulkapazitäten) anzupassen bzw. die eingeleiteten Reformmaßnahmen realisieren zu können (z. B. Förderung der Inklusion – vgl. **H** –, Ausbau der Ganztagschulen), ist die angekündigte Steigerung der Mittel für das Bildungssystem erforderlich. Die Verlängerung der späten Erwerbsphase und die Veränderung der Anforderungsprofile auf dem Arbeitsmarkt machen eine Intensivierung der Weiterbildung erforderlich. Auch auf europäischer Ebene wird die Erhöhung der Beteiligung Erwachsener am Lebenslangen Lernen verfolgt. In Deutschland sind aber in den letzten Jahren die Mittel für Weiterbildung gekürzt worden. Angesichts der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, der kontinuierlich steigenden Versorgungsausgaben und des hohen Schuldendienstes bedarf es in den nächsten Jahren besonderer Anstrengungen, um die Zusatzmittel für den Bildungsbereich aufzubringen.

Die oben angeführten EU-Benchmarks haben die Funktion, die Bildungsbeteiligung bzw. die Entwicklung des Bildungsstands der Bevölkerung zu beobach-

ten. Während die erworbenen Bildungsabschlüsse und die vorhandenen Kompetenzen das Ergebnis vergangener Anstrengungen sind, wirkt sich die aktuelle Bildungsbeteiligung auf den zukünftigen Bildungsstand aus. Die Betrachtung der Bildungsbeteiligung (**B4**) zeigt erhebliche soziale Disparitäten. In den letzten Jahren hat sich die Bildungsbeteiligung der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund zwar erhöht, jedoch ist der Anteil der 16- bis unter 30-Jährigen, die an einer Hochschule immatrikuliert sind, bei den Personen mit Migrationshintergrund geringer als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Besonders gering ist dieser Anteil bei türkischstämmigen Personen. Neben den bereits genannten Unterschieden gibt es außerdem Disparitäten nach sozialer Herkunft. Die Eltern von Schülerinnen und Schülern an Gymnasien weisen deutlich häufiger einen hohen Bildungsstand auf als die Eltern von Schülerinnen und Schülern an Haupt- und Realschulen. Für das Erreichen der EU-Benchmarks wird es erforderlich sein, auch hier Bildungsreserven zu erschließen.

Um den Bildungsstand (**B5**) der Bevölkerung insgesamt zu verbessern, ist es essentiell, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen an Aus- und Weiterbildung beteiligen und die Bildungsprogramme erfolgreich abschließen. Insbesondere gilt es, geschlechtsspezifische und soziale Disparitäten zu vermindern. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf junge Männer und Personen mit Migrationshintergrund gelegt werden. Trotz Verbesserungen in den letzten Jahren ist der Bildungsstand von Personen mit Migrationshintergrund noch deutlich niedriger als der derjenigen ohne Migrationshintergrund. Dies drückt sich durch einen höheren Anteil der Personen ohne allgemeinbildenden bzw. beruflichen Abschluss, sowie geringere Anteile der Personen mit Hochschulreife und -abschluss der Personen mit Migrationshintergrund aus.

Im Kohortenvergleich fällt auf, dass anteilig immer weniger Personen mit Hochschulzugangsberechtigung ein Hochschulstudium abschließen. So hatten 2012 nur 53% der 30- bis unter 35-Jährigen mit Hochschulreife auch einen Hochschulabschluss, während es bei den 60- bis unter 65-Jährigen etwa 72% waren. Auch wenn die Übergangsquote in die Hochschulen in den letzten Jahren wieder angestiegen ist (vgl. **F**), ist es für das Erreichen des von der EU angestrebten Ziels, den Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen an der Alterskohorte der 30- bis unter 35-Jährigen zu steigern, erforderlich, dass mehr Personen mit Hochschulreife auch tatsächlich ein Hochschulstudium erfolgreich abschließen.